



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
DER PARTEIVORSTAND

SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

WPS 55
BDP Bundesverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen

Berlin, 16. Juli 2017

Frage 1:

Welche der oben genannten Schwerpunktthemen beabsichtigen Sie in der nächsten Legislaturperiode mit welchen Zielen aufzugreifen?

Antwort:

Die SPD will ein modernes und weltoffenes Deutschland – mit einer Gesellschaft, die zusammenhält, und in der wir in Frieden und Freiheit zusammenleben – über kulturelle und religiöse Grenzen hinweg. Wir wollen echte Gleichstellung – unabhängig von Geschlecht, Religion, Hautfarbe, Herkunft und geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung. Wir schreiben keine Lebensmodelle vor, sondern unterstützen Menschen, so zu leben, wie sie es sich wünschen. Offenheit bedeutet Toleranz und Vielfalt. Das gesellschaftliche Leben muss auf allen Ebenen inklusiv gestaltet werden. Dabei sind Barrierefreiheit und angemessene Vorkehrungen unverzichtbar und brauchen bessere gesetzliche Bestimmungen. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, inklusive Sozialräume zu schaffen.

Zur Verringerung der psychischen Belastungen am Arbeitsplatz werden wir das Arbeitsschutzrecht um verbindlichere Regelungen erweitern. Dies betrifft besonders die wirksamere Umsetzung von Gefährdungsbeurteilungen und den Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte.

Gute Gesundheitsversorgung darf nicht vom Einkommen und nicht vom Wohnort abhängen. Wir wollen, dass gute und barrierefreie medizinischer Versorgung auch für ländliche und strukturschwache Regionen wie auch für Stadtteile mit sozialen Problemen gilt Standard ist. Dazu schaffen wir eine integrierte Bedarfsplanung der gesamten medizinischen Versorgung. Damit Opfer von Kriminalität nicht erneut traumatisiert werden, haben wir den Schutz und die Rechte von Opfern in den vergangenen Jahren konsequent ausgebaut und dafür gesorgt, dass der Opferschutz seinen festen Platz in der Strafprozessordnung hat. Mit der Neuregelung der psychosozialen Prozessbegleitung haben wir einen weiteren Meilenstein im Opferschutz gesetzt, um den Opfern schwerer Gewalt- und Sexualstraftaten die emotionale und psychologische Unterstützung zu geben, die sie benötigen. Dies wollen wir weiter verstetigen.

Wir wollen die Notfallversorgung verändern, um den Zugang für alle sicherzustellen.

Die Rechte von Kindern und Familien werden wir auch in Bezug auf Teilhabechancen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) weiter stärken.

Wir werden die Rechte von Kindern im Grundgesetz verankern. Kinder sind eigene Persönlichkeiten und brauchen eigene Rechte. Parlamente, Verwaltungen und Gerichte sollen Kinderinteressen überall dort, wo Kinderrechte berührt sind, vorrangig berücksichtigen.

Frage 2:

Welche Maßnahmen werden Sie zur Erhaltung des Psychologiestudiums und dessen beruflicher Einsatzfelder unternehmen, damit durch die Novellierung des Psychotherapeutengesetzes kein Abbau von Psychologiestudiengängen erfolgt?

SPD-Parteivorstand
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstr. 141
10963 Berlin

Fon 030 25991-500
Fax 030 25991-410
parteivorstand@spd.de
www.spd.de

Berliner Sparkasse
IBAN: DE77 1005 0000 0190 5555 56
BIC: BELADEBEXXX

 facebook.com/SPD
 youtube.com/SPDvision
 twitter.com/SPDde

Antwort:

Das Bundesgesundheitsministerium hat Eckpunkte für eine Novellierung des Psychotherapeutengesetzes vorgelegt, die in der kommenden Wahlperiode die Grundlage für die Erarbeitung und Beratung eines Gesetzes sein werden.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Psychotherapie als solche sich sowohl in Bezug auf die Patientenbehandlung wie auf die wissenschaftlichen Entwicklungen seit Inkrafttreten des Psychotherapeutengesetzes weiterentwickelt und verändert hat. Um für die Versorgung der Patienten nachhaltig eine hoch qualifizierte psychotherapeutische Behandlung zur Verfügung zu stellen, ist es wichtig, diese Entwicklungen in einer modernisierten Ausbildung zum Beruf des aus der Psychologie kommenden Psychotherapeuten aufzugreifen.

Frage 3:

Wie werden Sie die schulpyschologische Versorgung verbessern?

Antwort:

Wir werden gemeinsam mit den Ländern den flächendeckenden Ausbau guter Ganztagsangebote vorantreiben. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir die Schulsozialarbeit ausbauen. Denn Schulen mit Ganztagsangeboten, die über den Unterricht hinausgehen, brauchen multiprofessionelle Teams.

Frage 4:

Wie werden Sie Integration von Zuwandern fördern und Fremdenfeindlichkeit entgegenwirken?

Antwort:

Für traumatisierte Flüchtlinge und ihre Kinder brauchen wir spezielle Hilfseinrichtungen. Familiennachzug und das Zusammenleben in der Familie tragen zu einer guten Integration bei. Deshalb werden wir die temporäre Aussetzung des Familiennachzugs nicht verlängern. Deutschland ist seit langem ein Einwanderungsland. Das verlangt eine umfassende Integrationspolitik. Dabei stellen wir uns einer doppelten Integrationsaufgabe: zum einen der Integration der Menschen, die einwandern oder zu uns fliehen. Und zum anderen der Aufgabe, den Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft zu wahren. Wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft, die auf gemeinsamen Werten und Normen beruht. Grundlage für alle ist das Grundgesetz. Gleiche Chancen auf Teilhabe für alle ist unser Leitbild.

Frage 5:

Welchen Stellenwert haben für Sie Psychologen in der Gesundheitsförderung und Prävention? Wie wollen Sie diesen gesetzlich verankern?

Antwort:

Wir benötigen eine Versorgung, die personenzentriert, bedarfsorientiert und unabhängig von der Frage ambulant oder stationär in einem vernetzten handelt System, das auch den Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderung oder der Pflege erfasst. Gerade wer eine psychische Erkrankung hat, ist auf verlässliche, bruchfreie und vertraute Strukturen und Partner angewiesen. Hier spielen inklusive Sozialräume und ein gemeinsam von allen verantwortlichen Aufgabenträgern getragene gesundheitliche Vorsorge eine wichtige Rolle. Gute Gesundheitsversorgung darf nicht vom Einkommen und nicht vom Wohnort abhängen. Wir wollen, dass das in Stadt und Land eine gute und barrierefreie medizinische und psychologische Versorgung oft Standard ist. Dazu schaffen wir eine integrierte Bedarfsplanung der gesamten medizinischen Versorgung. Die Vorbeugung von Krankheiten (Prävention) und die Rehabilitation beispielsweise nach einer schweren Erkrankung müssen im Rahmen dieser Planung gestärkt werden.